



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/XII/243 - 23. Oktober 1957

Heinweise
auf den Inhalt:

| | |
|---|------|
| Die Herren im Staate | S. 1 |
| Die Türkei inmitten der syrischen Krise | S. 3 |
| Söhnung der Wasserstoffbombe? | S. 5 |
| Sozialen Rechtsstaat verwirklichen | S. 7 |

Kabinettsbildung - ein Trauerspiel

sp- Es wäre sicher nicht richtig, das Tauziehen innerhalb der CDU/CSU um die Besetzung der einzelnen Ministerposten nur als den Ausdruck persönlicher Differenzen betrachten zu wollen. Gewiss, man weiss seit langem, dass Dr. Adenauer den bisherigen Finanzminister Schäffer nicht allzusehr schätzt. Schäffer hat dem Bundeskanzler oft genug zu veratehen gegeben, die wenig er von dessen Politik hält. Aber Adenauer weiss, dass auch andere seiner Parteifreunde nicht immer mit ihm einverstanden sind. Er kalftert jedoch nur diejenigen unter ihnen ab, die sich dem Unwillen der auf die CDU/CSU einwirkenden allmächtigen Interessengruppen ausgesetzt haben.

Hier liegt der Kern dessen, was man seit einigen Tagen in Bonn "die Tragödie Schäffer" nennt. Schäffer hat sich den Unwillen mächtiger Wirtschaftsgruppen zugezogen, die schon seit langem vom Kanzler einen gefügigeren Finanzminister ernannt wissen wollen. Solange man im Wahlkampf stand, musste man Schäffer dulden und ihn als den "Wächter der Währung" den gutgläubigen Wählern präsentieren. Nach der Wahl brauchte man auf diesen Propaganda-Slogan keine Rücksicht mehr zu nehmen. Wenn nicht alles täuscht, wird Schäffer von jenen Kreisen der Schwerindustrie zu Fall gebracht, die unter dem Begriff "Steuer-Reform" viel mehr verstehen, als nur eine Vereinfachung des Steuersystems. Sie wollen für sich und ihre im Zei-

chen der wirtschaftlichen Konjunktur angehäuften privaten Vermögen die Garantie, dass man sie weiter schalten und walten lässt, als wären sie die Herren des Staates. Der in fiskalischer Denker grossgewordene und agierende Schäffer war für diese Art von Politik zu unbequem.

Etwas anderes kommt hinzu: Adenauer und Strauss haben es Schäffer sehr übel genommen, seiner Zeit als einziges Kabinette-Mitglied den Frontalangriff auf die Höhe der Stationierungskosten für die alliierten Truppen eingeleitet zu haben. Man munkelt sogar, es werde Schäffer zum Vorwurf gemacht, er habe seinen drei Wochen vor der Wahl in der in- und ausländischen Presse abgedruckten Protestbrief gegen die Höhe der Stationierungskosten der Öffentlichkeit zugespielt.

Wie weit die Interessengruppen in der Bundesrepublik die Politik, und die Männer, von der sie gemacht wird, bestimmen, sieht man in einem anderen Fall. Der Bundeskanzler hatte schon lange vor der Wahl mehrfach versichert, er wolle das Familienministerium einer Frau anvertrauen. Auf dem CDU-Parteitag in Hamburg kannte man für diesen Posten die Abgeordnete Frau Dr. Rehling. Wermeling galt bereits als abgeschrieben. Schon hatten sich einige Frauenorganisationen beim "verständnisvollen Bundeskanzler" für seine guten Absichten, eine Frau ins Kabinett zu nehmen, bedankt, da erfuhr man, dass von einer mächtigen Interessengruppe zum Gegenstoss angesetzt wurde. Ein Teil des militanten politischen Katholizismus und, in Zusammenarbeit mit diesen, der katholische Familienverband forderten vom Bundeskanzler die Erhaltung Wermelings als Familienminister. Wermeling ist ein Programm. Er gehört zu den eifrigsten Verfechtern des politischen Katholizismus und ist im Kabinett gewissermassen der Nachposten jener Kreise, denen selbst die Politik Adenauers noch nicht ultramontan und kleineuropäisch genug erscheint.

Adenauer musste sein öffentlich gegebenes Versprechen, eine Frau ins Kabinett zu berufen, brechen und sich auch in diesem Falle einer Interessengruppe - dieses Mal nicht wirtschaftlicher Art - beugen.

Überhaupt zeigt gerade die Art und Weise, wie die jetzige Regierung gebildet wird, dass die Allmacht Adenauers auch nur eine Legende ist. Ebenso wie sein Wirtschaftsminister Erhard, der immer nur so viel Wirtschaftspolitik machen darf, wie ihm die grossmächtigen Geldgeber der CDU gestatten, kann Adenauer auch nur so weit gehen, wie es ihm die starken Interessengruppen innerhalb der CDU erlauben.

Man komme nicht mit dem Fall des Bundesernährungsministers Lübke! Das ist kein Gegenbeispiel. Lübke darf trotz des Protestes des Bauernverbandes bleiben, weil die Grossindustrie Wert darauf legt, dass er bleibt und an seine Stelle nicht ein "Nur-Bauer" gesetzt wird. Ausserdem hat die Industrie für Herrn Adenauers Wahlkasse viel mehr Geld gegeben als der Bauernverband jemals aufbringen könnte. Und darauf muss Adenauer besonders im Hinblick auf die kommenden Landtagewahlen in Nordrhein-Westfalen Rücksicht nehmen...

Bleibt der Status quo erhalten?

(Von unserem Balkankorrespondenten)

Die syrische Krise, die seit Wochen den ernstesten Anlass für die amerikanisch-sowjetischen Spannungen bildet, ist dieser Tage in ein neues, gefährliches Stadium getreten. Die Reihe der sowjetischen Schritte führten zu einer Atmosphäre der gegenseitigen Unzufriedenheit und des Misstrauens im Raum des Mittleren Ostens, dass man an die Zeiten vor Beginn des Koreakrieges und der Sueskrise erinnert wird.

Das entscheidende Problem liegt in der gegenwärtigen Phase aber wohl in der zukünftigen Stellung der Türkei, und was sie unternehmen wird, wenn sich die Lage an der turko-syrischen Grenze verschärft. Die Rolle, die die Türkei mit Unterstützung der Westmächte nach dem Krieg gespielt hat, ist bekannt. Dieses Land hat zur Zeit die grösste Armee der umliegenden Staaten und ausgedehnte NATO-Basen, so dass für den Fall eines Krieges von hier aus ein Angriff auf den Süden der Sowjetunion gestartet werden könnte. In ihrer Eigenschaft als ein überaus starker antikommunistischer Faktor innerhalb der NATO gefiel sich die Türkei gleichzeitig im Rahmen des Bagdadpakt in der Rolle eines Wächters der westlichen Interessen. In dieser komplizierten Stellung - nach dem zweiten Weltkrieg erstmalig als Verbündete der Westmächte - scheint die Türkei zumindest bis jetzt noch keine sensationellen Erfolge errungen zu haben. Selbst wenn man davon absieht, dass die Türkei innerpolitisch sich in einer äusserst schwierigen Lage befindet und diktatorische Symptome zeigt, kommt man an der Feststellung nicht vorbei, dass die Erwartungen, die man in der westlichen Welt an Bedeutung und Einflussmöglichkeiten dieses Landes gestellt hat, nicht eingetroffen sind.

Der Einfluss Englands auf den Balkan verminderte sich in den letzten Jahren fast systematisch. Der Balkanpakt kam durch die Trübung der Beziehungen zwischen Athen und Ankara wegen der Zypernfrage praktisch zum Erliegen. Das Verhältnis zwischen Jugoslawien und der Türkei entwickelt sich normal, ohne dass man aber von einer gewissen Herzlichkeit sprechen kann. Andererseits hat sich die Hoffnung auf die grosse Anziehungskraft der Türkei auf die anderen mo-

hanmedanischen Staaten des arabischen Raumes nicht erfüllt. Man hatte angenommen, dass die arabischen Länder von der Möglichkeit, dem Bagdadpakt beizutreten, mehr Gebrauch machen würden. Die dadurch hervorgerufene Spaltung bereitete im Gegenteil den sowjetischen Plänen den Boden vor. Unter dem Mantel ihrer "antikolonialistischen" Kampagne vergrösserten die Sowjets erheblich ihren Einfluss, ja es wurde sogar die Gefahr eines ernstesten lokalen Konfliktes von internationaler Bedeutung heraufbeschworen. Weiterhin hat die Spaltung der arabischen Welt zur Folge gehabt, dass beide Blocks ganz offiziell Waffen liefern, vor allem nach Ägypten, Syrien und Jordanien, so dass dort praktisch eine "Pulverkammer" entstanden ist.

In den letzten Tagen wurde es offenbar, dass sogar die Staaten, die mit der Türkei im Bagdadpakt verbündet sind, sich in einem Dilemma befinden, denn sie machen ihre Politik ganz als arabische Staaten und nicht als Vertragspartner von Ankara. Die Türkei hat sich mit den Plänen des Westens im Mittleren Osten vollständig identifiziert. Die arabische Welt will mit allen Mitteln das Interesse an der syrischen Frage im internationalen Rahmen vermindern. Typisches Beispiel dafür sind die Erklärungen des Königs von Saudi-Arabien nach seinem Besuch in Damaskus. Saud sagte, dass Syrien niemals als Bedrohung irgendeines Landes betrachtet werden könnte, und diese Meinung vertrete sogar der Irak, der doch Syrien benachbart und das wichtigste arabische Mitglied des Bagdadpaktes sei.

Sowohl in der Klage Syriens vor den Vereinten Nationen wie auch in der sowjetischen Propaganda wurde die Türkei wegen ihrer militärischen Vorbereitungen an der syrischen Grenze als bedrohlicher Faktor bezeichnet. Allerdings ist die wirkliche Gefahr des Ausbruchs eines Konfliktes durch die Erklärung beider Grossmächte herabgemindert, dass ein solcher Krieg nicht lokal begrenzt sein würde. Russland behauptete, dass ein Angriff der Türkei gegen Syrien sofortige Kampfhandlungen der Sowjetunion gegenüber Ankara nach sich ziehen würde. Die Vereinigten Staaten erklärten, dass sie sich bei einem Eingreifen Russlands gezwungen sehen, ihren Partnerpflichten innerhalb der NATO nachzukommen. Dieser Fall trat hauptsächlich dann ein, wenn die Sowjets reguläre Truppen auf syrischen Boden entsenden würden. Diese beiderseitigen Erklärungen und Massnahmen, worunter auch der Chruschtschow-Brief an alle sozialistischen Parteien Westeuropas zu rechnen ist, scheinen doch den Erfolg gehabt zu haben, dass der "status quo" erhalten bleibt.

Kernfusion lässt roten Mond verblassen

Es. Während dieser Tage ist es zur Tatsache geworden, dass es einigen Forschern im britischen Zentrum Harwell gelang, ein in seinen möglichen Folgen für die Zukunft der Menschheit unwälzendes Experiment durchzuführen: Es wurde nach einer nur kurzen Mitteilung aus London eine "gezähmte" Kernverschmelzung, die langsame Fusion von Wasserstoffkernen zu Helium, experimentell erreicht. Als vor 16 Jahren Otto Hahn und Fritz Strassmann die erste nachweisbare Spaltung des Urankerns durchführten, alarmierte dieses Geschehen lediglich einen Kreis von Forschern. Anansten beachtete niemand das Experiment der beiden Wissenschaftler, das dennoch eine neue Epoche einleitete. So hat auch jetzt die Öffentlichkeit das Ergebnis der kontrollierten Kernfusion kaum zur Kenntnis genommen. Vielmehr gilt das allgemeine Denken dem "Sputnik", dem roten Mond. Gewiss bedeutet die Entsendung des Trabanten in die Kreisbahn der Erde eine überragende technische Leistung. Aber eigentlich ist der künstliche Mond vor allem ein politischer Mond geworden. Seine Existenz verblasst gegenüber der Erzielung einer kontrollierten Kernfusion.

Sie stellt zweifellos noch kein irgendwie abgeschlossenes Verfahren dar. Aber die Tatsache des geglückten Experimentes wird zu weiteren Erfolgen der Wissenschaftler führen, die schliesslich "Gold" aus gemeinlich wertlosem Meeresswasser, einen unerhörten Reichtum für kommende Generationen, erschliessen lassen.

Bislang scheiterten die Forscher an der gigantischen Aufgabe. Sie lautete so: Wie auf der Sonne Wasserstoffatome Helium bilden und das überschüssige Gewicht des Fusionsvorgangs als Energie ausgestrahlt wird, müsste es möglich sein, den kosmischen Vorgang auf Erden nutzbringend zu wiederholen. Die Verrechnung geht unter Temperaturen vor sich, die zwischen zwanzig und dreissig Millionen Grad Celsius schwanken mögen. Zwar war es der Wissenschaft bisher möglich, diese Hitzegrade durch die Explosion von Plutoniumbomben als Initialzündung für die Wasserstoffreaktion zu erreichen. Aber ihre Existenz beschränkte sich auf die explosive Wirkung und die Entfesselung unerhörter Zerstörungskräfte. Es gab keinen Werkstoff, der es ermöglichte, dieser Hitze im Sinne der Nutzung frei-

werdender Energien zu widerstehen. Auch künftig wird es schwerlich jemals solchen Werkstoff geben.

Daher bemühten sich die Forscher, das Wasserstoffgas in ein "Magnetisches Feld" zu bannen, also Wände zu schaffen, die nicht aus "Materie" im üblichen Sinne bestehen. Das darin gebildete Reaktionsgemisch von schwerem und überschwerem Wasserstoff heisst in der Sprache der Wissenschaftler "Plasma", und es musste durchführbar sein, unter den Temperaturen von vielfachen Millionen - Graden des Plasma - Druck und die Fusion von Helium in dem magnetischen Feld, wie es wohl die "Maschine Zeta 2" in Harwell bietet, zu erreichen. Damit konnte dann die Reaktion kontrollierbar ablaufen.

Die Engländer sind über ihre ersten erzielten Erfolge nicht weniger schweigsam als die Russen, deren Starphysiker Kapitza und der "Übergewechselte" Bruno Pontecorvo an dem Problem arbeiten. Es lässt sich daher die Art des Experiments lediglich vermuten, über das der britische Nobelpreisträger und Leiter von Harwell, Sir John Cockroft, gegenwärtig Dwight Eisenhower berichtet.

Es muss den Völkern der Erde, von den wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Gelingens der kontrollierten Wasserstoffkernfusion ganz abgesehen, aber eine Beruhigung sein, dass bei dieser Wasserstoffreaktion keine radioaktiven Spaltprodukte mehr frei werden. Aus der immerwährenden Drohung der Wasserstoffbombe könnte damit endlich ein Segen erwachsen. In den Weltmeeren ruhen unbeschränkte Mengen des schweren Wasserstoffs.

Ein Gramm "Stoff", Staub, der auf den Strassen herumliegt, enthält eine Gesamtenergie von 25 Millionen Kilowattstunden - also einen Wert von zwei Millionen DM. Wir kennen diesen Reichtum, aber wir können ihn nicht haben. Durch den Aufbau von Helium aus Wasserstoffkernen sind aus jedem Gramm Materie 167 000 kWh Energie gewinnbar. Das entspricht 6¹ Milliarden Meterkilogramm oder 144 Millionen Kilokalorien. Gewiss ist das märchenhaft, aber dennoch eine Tatsache.

Das Forschungsbeispiel der Engländer sollte in der Bundesrepublik endlich die Abkehr von dem Spiel mit dem Feuer einleiten. Es wäre besser, womöglich der Strauss-Politik der atomaren Bewaffnung und gewiss auch bald der Erzeugung eigener nuklearer Bomben die Wissenschaft alles Denken auf die Grundlagenforschung zur Erzielung der kontrollierten Kernfusion lenken würde. Hier liegt ein "Neuland", das wohl des Einsatzes der Besten wert ist. Aus der schon fast irrsinnigen Politik der Stärke könnte dann eine Politik der Leistung werden.

Sozialen Rechtsstaat . verwirklichen !

In einem richtungweisenden Referat behandelte die geschäftsführende Vorsitzende der Arbeiterwohlfahrt, Frau Lotte Lemke, auf dem Hamburiger Jahreskongress dieser Organisation die Aufgaben der freien Wohlfahrtspflege in den Wandlungen unserer Zeit. Im Nachfolgenden veröffentlichen wir einen Auszug:

Es wird viel von Sozialreform gesprochen, und es wird auch vieles versprochen. Dann hört man aber wieder die Warnung vor dem Versorgungsstaat, und das Gespenst der Begehrlichkeit, welches alle Eigeninitiative einschläfert und den Staat als melkende Kuh betrachte, wird düster an die Wand gemalt. So wird soziale Sicherung zum Bürgerschreck, zur Vision eines Ungeheuers, das seine Hände in anderer Leute Taschen steckt und sich auf ihre Kosten mättet. Was wir jedoch wollen, das ist die Verwirklichung des im Grundgesetz verankerten sozialen Rechtsstaates. Von ihm erwarten wir, dass er die Voraussetzungen dafür schafft, dass der Einzelne ein Leben in Gesundheit, Leistungsfähigkeit und Menschenwürde führen kann, d.h. also, die Voraussetzungen für ein Leben in Selbstständigkeit und eigener Verantwortung. Das ist etwas anderes als staatliche Versorgung, denn erst diese Voraussetzungen geben die Möglichkeit zur eigenen Leistung und damit zur Unabhängigkeit von öffentlicher Hilfe.

Diese Voraussetzungen und die aus ihnen abzuleitenden Rechtsansprüche müssen natürlich allen Bürgern gleichmässig zustehen und ein entsprechender Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Gemeinden wird dafür zu sorgen haben, dass dies auch im Bereich der Fürsorge geschieht. Wenn die öffentliche Hand jedem Hilfeberechtigten die grundsätzlich gleiche Leistung gewährleisten soll, dann ist eine Übertragung dieser Verpflichtung schon deshalb nicht möglich, weil dann die Autonomie der freien Wohlfahrtspflege verletzt würde. Die öffentliche Fürsorge kann und darf keinen Rechtsanspruch zurückweisen. Zum Wesen der freien Wohlfahrtspflege gehört es, dass sie **frei sein muss** in der Wahl ihrer Aufgaben.

Konfessionalisierung?

Für die freie Wohlfahrtspflege gilt, was generell von der Freiheit in einer Demokratie gilt, nämlich dass Bindung und Einordnung nötig sind. Zur Demokratie gehört es auch, dass Menschen ver-

schiedenen Glaubens in gegenseitiger Achtung und in Freiheit miteinander leben. In unserem Land, in dem die die Gemeinschaft bildenden Menschen verschiedenen Glaubens sind, kann es keine konfessionell orientierte Demokratie geben. Es wäre verhängnisvoll, wenn die gleichen Vorgänge, die wir bedauerlicherweise beim Kampf um die Konfessionsschule zu verzeichnen haben, sich im Bereich der Fürsorge wiederholen sollten.

Ansätze dazu sind in einer erheblichen Masse vorhanden. Konfessionalisierung greift die Grundlagen jeder Demokratie an, verletzt unheilbar ihren Wesenskern. Im Bereich der Wohlfahrtspflege ist sie besonders verhängnisvoll, denn sie richtet zu den vielen inneren und äusseren Grenzen, unter denen wir leiden, eine neue und unendlich tragische auf.

Das Beispiel vom barmherzigen Samariter

Am Anfang aller Liebestätigkeit steht das Beispiel vom barmherzigen Samariter. Von ihm bis zu den heutigen grossen Verbänden ist es ein langer Weg. Sie weisen alle Merkmale moderner Institutionen auf, deren Verwaltungsaufbau Juristen, Finanzsachverständige, Presse- und Werbefachleute erfordert, Tarifordnungen und Arbeitsverträge nötig macht, in deren Vokabular Worte hineingekommen sind, die man in den Anfängen vielleicht nicht einmal verstanden hätte: Finanzierung, Selbstkosten, Rationalisierung, Organisation u.a. Aber die freien Verbände sind auch Stätten, die von lebendigen Kräften der Nächstenliebe und Brüderlichkeit getragen werden. Hier und nicht im Institutionellen liegen heute und werden in Zukunft die grossen und eigentlichen Aufgaben der freien Wohlfahrtspflege liegen.

Wir wissen, dass die heutige Zeit neue Probleme mit sich bringt. Die zunehmende Monotonie und Entseelung einer immer mehr von der Maschine beherrschten Arbeitswelt kann nicht ohne Folgen bleiben. Sie werden uns vor Aufgaben stellen, welche nur durch die unmittelbare Hilfe von Mensch zu Mensch zu lösen sein werden. Auf diese Situation, auf diese Gegenwartssituation des modernen Menschen, dessen geistiger, sozialer und wirtschaftlicher Standort sich mit zunehmender Automation im Laufe der Jahre in jeder Beziehung verändern wird, muss die freie Wohlfahrtspflege ihre Antwort finden. Dazu müssen wir - die ganze freie Wohlfahrtspflege - innerlich frei und elastisch sein, auch bereit sein und den Mut haben, loszulassen, aufzugeben, auch Privilegien, auch Prestige, alles, was nicht mehr in unsere neue Zeit passt.

Es ergeben sich Aufgaben so reich, so vielfältig, dass die freie Wohlfahrtspflege den Funktionsverlust durch die sich ankündigende soziale Sicherung nicht zu fürchten braucht. Ja, sie sollte es begrüssen, dass diese Entwicklung sie erst wieder in den Stand setzen wird, die ihr weeseigentümlichen Funktionen freier und uneingeschränkter erfüllen zu können.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel